



ZUSAMMENFASSENDE BERICHT

GEMEINSAME SITZUNG DER EU-PLATTFORM FÜR LEBENSMITTELVERLUSTE UND -VERSCHWENDUNG

UND DES EUROPÄISCHEN BÜRGERFORUMS

GD GESUNDHEIT UND LEBENSMITTELSICHERHEIT (SANTE)

Hybridsitzung

7. November 2023

Vorsitz (1): Herr Klaus Berend, GD SANTE

Europäische Kommission und EU-Einrichtungen (9): GD SANTE, ENV, AGRI, RTD, JRC, ESTAT, EUA (Europäische Umweltagentur), EASME (Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen), EWSA (Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss), AdR (Europäischer Ausschuss der Regionen)

Vertretene Mitgliedstaaten (23): AT, BE, BG, CZ, DK, EL, EE, FI, FR, DE, HU, IE, IT, LT, LU, NL, PL, PT, RO, SE, SK, SI, ES

Organisationen des Privatsektors (39): EBV (Europäischer Verbraucherverband), BOROUME, COPA-COGECA (europäischer Dachverband der Landwirte und landwirtschaftlichen Genossenschaften), CTC (Clean Technology Centre ((Munster Technological University)), Consorzio Bestack, DUH (Deutsche Umwelthilfe e. V.), ECSLA (European Cold Storage and Logistics Association), EFFPA (European Former Foodstuff Processors Association), EuroCommerce (Dachverband des europäischen Groß- und Einzelhandels), EuroCoop (Europäische Gemeinschaft der Konsumgenossenschaften), EUPPA (European Potato Processors' Association), Europatat (European Potato Trade Association), FEBA (Europäischer Verband der Lebensmittelbanken), FoodCloud, FoodServiceEurope, FOODWIN (Food Waste Innovation Network), Freshfel Europe, EUCOFEL (European Fruit and Vegetables Trade Association), Azti Foundation (Fundación AZTI – AZTI Fundazioa), HOTREC (Hotels, Restaurants & Cafés in Europe), HUA (Harokopio University), HFBA (Hungarian Food Bank Association), Independent Retail Europe, IFCW (International Food Waste Coalition), Last Minute Market, Les Restos du Coeur, MATVETT-NORSUS-NOFIMA CONSORTIUM, Rabobank, Regal Normandie, SWF (Stop Wasting Food Movement), Too Good To Go, Venturis Horeca, WUR (Wageningen University & Research), WRAP (Waste & Resources Action Program), World Union of Wholesale Markets (WUWM), Zero Waste Scotland

Sonstige öffentliche Organisationen (5): OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), FAO (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen), UNEP (Umweltprogramm der Vereinten Nationen)

Beobachter (1): NO

Gemeinsame Sitzung der EU-Plattform für Lebensmittelverluste und -verschwendung und des Europäischen Bürgerforums

1. Begrüßung und Einführung in die Feedback-Runde durch den Vorsitzenden: Klaus Berend, Direktor Sicherheit von Lebensmitteln, Nachhaltigkeit und Innovation

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Teilnehmenden zur gemeinsamen Sitzung des Europäischen Bürgerforums und der Mitglieder der EU-Plattform für Lebensmittelverluste und -verschwendung. Der Vorsitzende dankt den Mitgliedern des Europäischen Bürgerforums für ihre Empfehlungen zur Verstärkung der Maßnahmen gegen Lebensmittelverschwendung in der EU. Der Vorsitzende verweist auf die Annahme des Legislativvorschlags durch die Europäische Kommission, in dem die von den Mitgliedstaaten bis 2030 zu erreichenden Zielvorgaben für die Verringerung der Lebensmittelverschwendung festgelegt seien, sowie auf die Veröffentlichung eines Bürgerberichts zusammen mit der Folgenabschätzung zu diesem Vorschlag. In dem Bericht lege die Europäische Kommission ihre Sicht auf die Empfehlungen des Bürgerforums dar und erkläre, wie diese ihre übergreifende Arbeit zur Lebensmittelverschwendung untermauern und den Mitgliedstaaten als Richtschnur für die Erreichung künftiger Ziele dienen würden.

2. Einführung durch den Moderator

Der Moderator begrüßt die online zugeschalteten und in Brüssel anwesenden Teilnehmenden und stellt die Tagesordnung der Sitzung vor.

3. Einführende Bemerkungen (Video) von Sandra Gallina, Generaldirektorin der GD SANTE

In ihren einführenden Bemerkungen geht **Generaldirektorin** Gallina auf den Legislativvorschlag der Europäischen Kommission ein und hebt die Bedeutung der Empfehlungen des Bürgerforums zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung in der EU hervor. Die Empfehlungen des Bürgerforums spiegeln sich in den verbindlichen Zielvorgaben des Legislativvorschlags wider, nach dessen Annahme die Mitgliedstaaten verpflichtet wären, einen integrierten Ansatz zu verfolgen und dabei alle wichtigen Akteure in die Maßnahmen zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung einzubeziehen und Verhaltensänderungen auf Verbraucherebene zu fördern. Die Generaldirektorin verweist auf die Forderung des Bürgerforums nach einer fairen und gerechten Lebensmittelversorgungskette und der Erleichterung von Lebensmittelspenden in der gesamten EU sowie auf die Bedeutung der Überwachung von Lebensmittelabfällen und die Ermutigung der Lebensmittelunternehmer, sich zur Verringerung von Lebensmittelabfällen zu verpflichten, indem sie u. a. den Verhaltenskodex für verantwortungsvolle Unternehmens- und Marketingpraktiken in der Lebensmittelversorgung anwenden.

4. Anmerkungen der Generaldirektion Kommunikation

Richard Kühnel, Direktor, Vertretung und Kommunikation in den Mitgliedstaaten, hebt die Bedeutung dieser gemeinsamen Sitzung hervor, da sie der Europäischen Kommission und den Mitgliedern der Plattform die Möglichkeit biete, den Bürgerinnen und Bürgern ein Feedback zu ihren Empfehlungen zu geben. Herr Kühnel teilt mit, dass die Vorbereitungen für die nächste Runde der Bürgerforen im Gange seien und dass die Plattform für Bürgerbeteiligung bald online verfügbar sein werde.

5. Präsentation der Empfehlungen des Europäischen Bürgerforums zur Lebensmittelverschwendung und Austausch mit den Mitgliedern des Panels (Themenblock I: Zusammenarbeit entlang der Lebensmittelkette: Vom Hof auf den Tisch) ([PDF](#))

Vertreter des Europäischen Bürgerforums, die an Themenblock 1 mitgewirkt haben, stellen die [Empfehlungen 1-7](#) vor. Darauf folgt ein Meinungsaustausch mit den Mitgliedern des Panels, das sich aus Vertretern der Europäischen Kommission (GD Gesundheit und Lebensmittelsicherheit – SANTE und GD Landwirtschaft – AGRI), des französischen Ministeriums für Landwirtschaft und Ernährungssouveränität, des europäischen Dachverbands der Landwirte und landwirtschaftlichen Genossenschaften (COPA-COGECA) und des Europäischen Verbands der Lebensmittelbanken (FEBA) zusammensetzt.

Die **GD SANTE** dankt den Bürgerinnen und Bürgern für die Empfehlungen und ruft dazu auf, alle Akteure aktiv in die Vermeidung der Lebensmittelverschwendung einzubeziehen und die Zusammenarbeit entlang der Lebensmittelversorgungskette zu stärken. Ein solcher integrierter Ansatz spiegele sich in den Verpflichtungen wider, die in den EU-Abfallvorschriften vorgesehen seien, und werde im Legislativvorschlag der Europäischen Kommission zur Festlegung von Zielvorgaben für die Verringerung der Lebensmittelverschwendung bekräftigt. Die GD SANTE äußert sich zu den Empfehlungen des Bürgerforums und geht dabei insbesondere auf die Empfehlungen 3, 4, 5 und 6 ein.

Nach den EU-Abfallvorschriften (Abfallrahmenrichtlinie) seien die Mitgliedstaaten bereits verpflichtet, Lebensmittelspenden zu fördern, und der Legislativvorschlag der Europäischen Kommission dürfte dieser Praxis in der gesamten EU weiteren Auftrieb verleihen und Unterstützung bieten und so dazu beitragen, dass überschüssige Lebensmittel für Bedürftige verfügbar gemacht würden. Die Europäische Kommission habe auch dem FEBA im Rahmen des Binnenmarktprogramms (maßnahmenbezogene) Finanzhilfen gewährt, um den Kapazitätsaufbau von Lebensmittelbanken zu unterstützen. Was die Erleichterung des Austauschs von Daten und bewährten Verfahren betrifft, so erklärt die Europäische Kommission, dass die EU-Plattform für Lebensmittelverluste und -verschwendung und ein digitales Ressourcennetz, die [EU-Drehscheibe zur Vermeidung von Lebensmittelverlusten und -verschwendung](#), eingerichtet worden seien, um diesem Bedarf gerecht zu werden. Darüber hinaus habe die Gemeinsame Forschungsstelle (Joint Research Centre, JRC) der Europäischen Kommission einen Bewertungsrahmen entwickelt, der allen Akteuren dabei helfen solle, die Wirksamkeit von Initiativen zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung zu bewerten, einschließlich eines Rechners zur Quantifizierung der entsprechenden Auswirkungen. Städtenetze wie EUROCITIES, der Mailänder Pakt für städtische Lebensmittelpolitik und ICLEI – Lokale Gebietskörperschaften für Nachhaltigkeit verwalteten eine Vielzahl von Peer-to-Peer-Programmen für Städte. Was die Daten über die Menge der Lebensmittelabfälle betreffe, so seien die Mitgliedstaaten nach den EU-Abfallvorschriften verpflichtet, die Menge der Lebensmittelabfälle auf jeder Stufe der Lebensmittelversorgung nach einer gemeinsamen Messmethode zu überwachen und die Ergebnisse an das Statistische Amt der EU (Eurostat) zu melden. Und schließlich sei Bürgerbeteiligung ein Thema, das in Zukunft auf die Tagesordnung der Plattform für Lebensmittelverluste und -verschwendung gesetzt werden könne, damit die Mitglieder ihre Erfahrungen austauschen und voneinander lernen könnten.

Die **GD AGRI** dankt den Bürgerinnen und Bürgern für ihre Empfehlungen und stellt fest, dass die Empfehlungen 1, 2 und 7 die Nachhaltigkeit von Lebensmitteln im Allgemeinen betreffen und dass der Zusammenhang zwischen lokalen, saisonalen und kurzen Versorgungsketten und der Verringerung von Lebensmittelabfällen noch nicht an sich nachgewiesen worden sei. Die Empfehlungen spiegelten den allgemeinen Grundgedanken der Europäischen Kommission zur Nachhaltigkeit von Lebensmitteln wider, wonach alle relevanten Aspekte berücksichtigt werden müssten. Die GD AGRI erinnert an die

Bedeutung der Binnenmarktvorschriften und der Förderung von regionalen Programmen, territorialen Maßnahmen und Lebensmittelsystemen. Sie weist darauf hin, dass einige Mitgliedstaaten die Unterstützung lokaler Märkte und kurzer Versorgungsketten in ihre nationalen Strategiepläne im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) aufgenommen hätten, allerdings gebe es in den GAP-Strategieplänen keinen operativen Indikator, mit dem die Maßnahmen zur Verringerung von Lebensmittelverlusten und -verschwendung überwacht werden könnten. Die GD AGRI betont, dass jeder Akteur in der Lebensmittelversorgungskette eine Rolle spielen müsse, und dass die vorgeschlagenen Ziele zur Verringerung der Lebensmittelverschwendung derzeit nicht die Primärproduktion umfassten. Unter Bezugnahme auf die Empfehlungen 5 und 6 hebt die GD AGRI die Bedeutung der Einbeziehung von Interessenträgern in die Entwicklung der EU-Politik im Bereich Lebensmittel und Landwirtschaft hervor und erklärt, dass die Europäische Kommission einen strategischen Dialog einleiten werde, um die Zukunft der Landwirtschaft in der EU zu erörtern. Im Zusammenhang mit der Empfehlung gegen unlautere Handelspraktiken teilt die GD AGRI mit, dass unlautere Handelspraktiken von den Durchsetzungsbehörden der Mitgliedstaaten genau überwacht würden und dass die Stärkung der Verhandlungsposition der Landwirte gegenüber anderen Akteuren in der Lebensmittelversorgungskette der Grund für die Gewährung von Ausnahmen von den Wettbewerbsregeln für Landwirte, für die Entwicklung von Nachhaltigkeitsvereinbarungen und für andere Maßnahmen zur Unterstützung von Erzeugerorganisationen gewesen sei. Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Empfehlungen des Bürgerforums sowohl mit den aktuellen als auch mit den zukünftigen Plänen der Europäischen Kommission übereinstimmen.

Das französische Ministerium für Landwirtschaft und Ernährungssouveränität dankt den Bürgerinnen und Bürgern für ihre Arbeit und ihre Empfehlungen, auf deren Grundlage auf nationaler Ebene Vorkehrungen getroffen worden seien, insbesondere in Bezug auf die territoriale Dimension. Durch die Entwicklung von „territorialen Lebensmittelprojekten“ in Frankreich würden die Niederlassung von Landwirten, kurze Versorgungsketten und die Bereitstellung nachhaltiger, hochwertiger Lebensmittel in Kantinen unterstützt. Derzeit gebe es 430 solche Projekte, die kollektiv ausgearbeitet worden seien. Die Vermeidung von Lebensmittelverschwendung sei eine der Dimensionen, die im Rahmen dieser Projekte angegangen werden könne. Außerdem gebe es in Frankreich Netze, die sich vollständig auf die Vermeidung von Lebensmittelverschwendung konzentrierten (REGAL). Was finanzielle Anreize für Lebensmittelspenden betreffe, so seien in Frankreich Steuergutschriften für Unternehmen in Höhe von bis zu 60 % des Nettobuchwerts der gespendeten Lebensmittel möglich. Darüber hinaus seien bestimmte Interessenträger verpflichtet, Partnerschaftsvereinbarungen mit Lebensmittelbanken für die Spende überschüssiger Lebensmittel abzuschließen und einen Managementplan aufzustellen, um die Qualität der gespendeten Lebensmittel zu gewährleisten. Das französische Ministerium betont, wie wichtig es sei, das Bewusstsein für den Verzehr gesunder, saisonaler Produkte zu schärfen, und erklärt, dass die Aufklärung zum Thema Lebensmittel und Ernährung ein Teil des Lehrplans in den Schulen sei und dass die verpflichtende Kennzeichnung von saisonalem Obst und Gemüse künftig in Geschäften mit einer Fläche von mehr als 400 m² eingeführt werden könnte.

Der **COPA-COGECA** dankt den Bürgerinnen und Bürgern für die umfassenden Empfehlungen. Letztere hätten anerkannt, dass die Landwirte kein Interesse an der Verschwendung von erzeugten Lebensmitteln hätten und dass auf dem Markt ein Machtungleichgewicht bestehe. Im Zusammenhang mit Empfehlung 1 begrüßt der COPA-COGECA die Vorschläge zur Stärkung der Erzeuger und zur Verringerung des Machtungleichgewichts in der Lebensmittelwertschöpfungskette durch Überwachung und bessere Durchsetzung der Richtlinie über unlautere Handelspraktiken. Hinsichtlich der Empfehlung, Waren vom nächstgelegenen Erzeuger zu beziehen, äußert der COPA-COGECA Bedenken, da dies mit den Wettbewerbsregeln kollidieren könnte und möglicherweise nicht zu den

gewünschten Ergebnissen führen werde. Der COPA-COGECA begrüßt die Bemühungen zur Förderung des Direktverkaufs von „unansehnlichem“ Obst und Gemüse und hebt die Bedeutung von Vermarktungsnormen hervor, die die „gemeinsame Sprache“ des Marktes seien, eine hohe Qualität gewährleisten und Marktverzerrungen verhindern; gleichzeitig stellt der Dachverband klar, dass diese Normen nicht für den Direktverkauf gälten. Der COPA-COGECA nennt Beispiele für Initiativen, an denen Landwirte und landwirtschaftliche Genossenschaften beteiligt seien, wie ein ungarisches Pilotprogramm für die Zusammenarbeit zwischen dem ungarischen Verband der Lebensmittelbanken (Hungarian Food Bank Association) und dem Budapester Großhandelsmarkt, um Absatzmöglichkeiten für „unansehnliches“ Obst und Gemüse zu finden. Ein ähnliches Projekt existiere in den Niederlanden, wo „unansehnliches“ Obst und Gemüse für die Erzeugung verarbeiteter Lebensmittel verwendet werde. Im Hinblick auf Empfehlung 2 befürwortet der COPA-COGECA die Förderung lokaler Erzeugnisse, da dies mehr Nähe zwischen Landwirten und Verbrauchern schaffe und dazu beitragen könne, den Wert von Lebensmitteln schätzen zu lernen (einschlägige Projekte gebe es in Italien, Österreich, Finnland usw.). In Bezug auf Empfehlung 7 unterstreicht der COPA-COGECA die Notwendigkeit, saisonale und lokale Lebensmittel zu definieren.

Der **FEBA** dankt den Bürgerinnen und Bürgern für ihre Empfehlungen und die Hervorhebung der Lebensmittelspenden, insbesondere in einer Zeit, in der die Spenden von überschüssigen Lebensmitteln rückläufig seien, während die Nachfrage nach Lebensmitteln durch Wohltätigkeitsorganisationen wegen einer wachsenden Zahl von Bedürftigen steige und die Betriebskosten der Lebensmittelbanken (aufgrund der Inflation und der gestiegenen Energiekosten infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine) zunähmen. Die Lebensmittelbanken befassten sich mit vielen der in den Empfehlungen des Bürgerforums hervorgehobenen Bereiche, insbesondere mit dem Bedarf an finanzieller Unterstützung, digitalen Instrumenten sowie der Erhebung und den Austausch von Daten. Die Empfehlungen des Bürgerforums seien an das Netz weitergegeben und erörtert und Peer-to-Peer-Gespräche seien durchgeführt worden, um Wissen über nationale Maßnahmen auszutauschen. Des Weiteren seien Besuche organisiert worden, um den Wissensaustausch mit Lebensmittelbanken außerhalb der EU (z. B. in Moldau) zu erleichtern. Außerdem habe in Dublin ein Treffen der FEBA-Mitglieder zum Thema Nutzung digitaler Instrumente stattgefunden. Der FEBA versichert den Bürgerinnen und Bürgern, dass die laufende Arbeit zur Förderung von Lebensmittelspenden fortgesetzt werden würde und verweist auf die diesbezüglichen Gespräche auf ihrer Jahrestagung sowie auf die derzeitige Bewertung der EU-Plattform für Lebensmittelverluste und -verschwendung hinsichtlich der Herausforderungen und Möglichkeiten im Zusammenhang mit Lebensmittelspenden.

Nach diesen ersten Beiträgen der Panelmitglieder zu den Empfehlungen des Bürgerforums lädt der Moderator die Teilnehmenden der Sitzung (online und vor Ort) ein, Fragen zu stellen. Eine Bürgerin fragt, ob es in anderen Ländern als Frankreich Steueranreize für Lebensmittelspenden gebe. Die **GD SANTE** antwortet, dass Länder wie Portugal, Italien und Spanien solche Maßnahmen eingeführt hätten und dass die 2017 von der Europäischen Kommission angenommenen Leitlinien für Lebensmittelspenden einen Abschnitt über die damals in der EU angewandten steuerlichen Anreize enthielten. Der **FEBA** bestätigt, dass die genannten Länder steuerliche Anreize für Lebensmittelspenden anwendeten, und ergänzt, dass die Anpassung der Mehrwertsteuer zur Berücksichtigung des reduzierten wirtschaftlichen Wertes von gespendeten Lebensmitteln ebenfalls wichtig und eine weitere steuerliche Maßnahme sei, die die Mitgliedstaaten anwenden könnten. Zusätzlich zu den steuerlichen Anreizen hätten einige Länder wie Italien die Verwaltungsverfahren für Lebensmittelspenden durch Lebensmittelunternehmer vereinfacht (verglichen mit den Verfahren für die Vernichtung oder andere Verwendungen überschüssiger Lebensmittel). Das **französische Ministerium** führt weiter aus, dass parallel zu den steuerlichen Anreizen Wohltätigkeitsorganisationen auch durch den direkten Zugang zu gesunden und hochwertigen Erzeugnissen unterstützt würden (im

Rahmen der Initiative „Bessere Lebensmittel für alle“, für die im Jahr 2024 100 Mio. EUR bereitgestellt würden).

Die **International Food Waste Coalition (IFWC)** wendet sich an die EU-Plattform für Lebensmittelverluste und -verschwendung und insbesondere an die GD AGRI und betont, dass es wichtig sei, die Aspekte Lebensmittelqualität und Regionalität sowie kurze Versorgungsketten mit den möglichen Auswirkungen auf die Lebensmittelverschwendung in der gesamten Lebensmittelwertschöpfungskette in Beziehung zu setzen, da es in diesem Bereich an Wissen mangle. Die **GD AGRI** entgegnet, dass die Europäische Kommission derzeit Forschungsarbeiten in diesem Bereich durchführe und dass ein kontinuierlicher Informationsaustausch zwischen allen Interessenträgern darüber erforderlich sei, wie lokale Lebensmittelsysteme zur Vermeidung von Lebensmittelverlusten und -verschwendung und damit auch zur Bewältigung der Herausforderungen hinsichtlich der Ernährungssicherheit beitragen könnten, wobei die Binnenmarktvorschriften einzuhalten seien (d. h. „lokale“ Bedürfnisse müssten sorgfältig definiert und dürften nicht mit „nationalen“ Bedürfnissen gleichgesetzt werden). Die GD AGRI unterstreicht ferner, wie wichtig es sei, die Faktoren zu verstehen, die das Verbraucherverhalten in Bezug auf die Lebensmittelverschwendung beeinflussen, und die Rolle anderer Faktoren wie Zeit für die Planung und Zubereitung von Mahlzeiten, die Wertschätzung, das Wissen über Lebensmittel usw. zu verstehen.

Eine Bürgerin fragt, ob es möglich sei, die Verbindung zwischen dem Wettbewerbsrecht und der Bevorzugung lokaler Erzeuger auszubauen. Die **GD AGRI** antwortet, dass der EU-Binnenmarkt den freien Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr ermögliche und den Bürgerinnen und Bürgern viele Vorteile bringe. Der Wettbewerb müsse fair und demnach offen und transparent sein. Es sei beispielsweise nicht möglich, Verpflichtungen zu schaffen, nach denen nationale Erzeugnisse gegenüber den Erzeugnissen anderer Mitgliedstaaten oder Handelspartner begünstigt würden. In diesem Zusammenhang hebt die GD AGRI die Bedeutung der Empfehlung zur Überwachung und Durchsetzung der Richtlinie über unlautere Handelspraktiken hervor und erklärt ferner, dass die Anwendung der Wettbewerbsregeln auf kollektive Initiativen zur Förderung der Nachhaltigkeit in den Lebensmittelversorgungsketten geklärt worden sei. Lokale und kurze Versorgungsketten könnten durch die GAP-Strategiepläne gefördert werden, und die Herausforderung bestehe darin, diese auszubauen, nationalistische Ansätze zu vermeiden und zu ermitteln, wie die Regionen am besten bedient werden könnten.

Der Moderator bittet die an der Paneldiskussion beteiligten Bürgerinnen und Bürger um kurze abschließende Stellungnahmen. Die Bürgerinnen und Bürger begrüßen die Fortschritte bei den vorgeschlagenen Empfehlungen, z. B. die Priorisierung der Datenerfassung, steuerliche Anreize für Lebensmittelspenden, die Förderung des Austauschs bewährter Verfahren in der EU und die Sensibilisierung für die EU-Plattform für Lebensmittelverluste und -verschwendung sowie für die Rolle der Bürgerinnen und Bürger als Akteure des Wandels. Die Rolle der sozialen Medien bei der Förderung der Vermeidung von Lebensmittelverschwendung wird ebenfalls herausgestrichen.

Die Bürgerinnen und Bürger fragen, ob die Einführung einer Steuer auf Lebensmittelabfälle im Einzelhandel eine denkbare Option wäre. Die **GD SANTE** antwortet, dass einige Gemeinden steuerliche Anreize eingeführt hätten, z. B. Regelungen zur Reduzierung der Abfallbehandlungskosten für Unternehmen, die Lebensmittel spenden. Die Bürgerinnen und Bürger fragen, ob die Europäische Kommission angesichts der möglichen positiven Auswirkungen kurzer Versorgungsketten auf die Vermeidung von Lebensmittelverschwendung eine Änderung des Wettbewerbsrechts ins Auge fasse, um einige Einzelhändler zu verpflichten, Erzeugnisse lokal zu kaufen. Die **GD AGRI** antwortet, dass es zwar laufende Arbeiten zu den Wettbewerbsregeln gebe, die allgemeiner auf die Nachhaltigkeit von

Lebensmitteln ausgerichtet seien, die positive Auswirkung solcher Maßnahmen auf die Vermeidung von Lebensmittelverschwendung jedoch durch klarere Beweise untermauert werden müsse. Die GD AGRI führt fort, dass die Europäische Kommission weiter prüfen werde, wie territoriale Lebensmittelsysteme im Rahmen der breiteren Debatte über den Übergang zu nachhaltigen Lebensmittelsystemen unterstützt werden könnten. Schließlich betonen die Bürgerinnen und Bürger, dass evidenzbasierte Maßnahmen nötig seien, um rasch Fortschritte zu erzielen, wobei der Fokus auf den niedrig hängenden Früchten und den größten Erfolgen sowie auf einem systemischen Ansatz für die gesamte Lebensmittelwertschöpfungskette liegen müsse.

6. Präsentation der Empfehlungen des Europäischen Bürgerforums zur Lebensmittelverschwendung und Austausch mit den Mitgliedern des Panels (Themenblock II: Initiativen von Unternehmen aus dem Lebensmittelsektor) ([PDF](#))

Vertreter des Europäischen Bürgerforums, die an Themenblock II (Initiativen von Unternehmen aus dem Lebensmittelsektor) mitgewirkt haben, stellen die [Empfehlungen 8-15](#) vor. Darauf folgt ein Meinungsaustausch mit den Mitgliedern des Panels, das sich aus Vertretern der Europäischen Kommission (GD SANTE), des finnischen Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft, von EuroCommerce und der IFWC zusammensetzt.

In Bezug auf Empfehlung 13 erklärt die **GD SANTE**, dass sie die starke Unterstützung des Bürgerforums für die Festlegung quantitativer Ziele zur Verringerung der Lebensmittelverschwendung auf EU-Ebene durch die Mitgliedstaaten begrüße, wobei vorgesehen sei, dass die Mitgliedstaaten die zur Erreichung dieser Ziele erforderlichen Maßnahmen frei festlegen könnten. Dieser Ansatz sei in dem von der Europäischen Kommission am 5. Juli angenommenen Legislativvorschlag dargelegt worden, der derzeit zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat der Europäischen Union verhandelt werde. Die GD SANTE weist darauf hin, dass der Vorschlag über die Festlegung von Leitlinien hinausginge, da darin rechtsverbindliche Ziele festgelegt und die Mitgliedstaaten verpflichtet würden, die Lebensmittelverschwendung bei der Verarbeitung/Herstellung um 10 % und auf der Einzelhandels- und Verbraucherebene insgesamt um 30 % pro Kopf zu verringern. Bei der Berechnung werde das Basisjahr 2020 zugrunde gelegt und die Verringerung solle bis 2030 erreicht werden. Die GD SANTE erläutert ferner, dass in den EU-Abfallvorschriften bereits eine Hierarchie für die Vermeidung von Lebensmittelverschwendung vorgesehen sei, die den Empfehlungen des Bürgerforums entspreche, insbesondere der vorrangigen Verwendung von Lebensmittelüberschüssen für den menschlichen Verzehr.

In Bezug auf Empfehlung 8 hebt die GD SANTE hervor, dass heute viele Netze und digitale Instrumente zur Verfügung stünden, die die Umverteilung überschüssiger Lebensmittel zwischen Lebensmittelunternehmen und Lebensmittelbanken/Wohltätigkeitsorganisationen sowie direkt an die Verbraucher erleichterten. Die Organisation einer solchen Umverteilung auf EU-Ebene sei nicht machbar, insbesondere nicht für Lebensmittel, die kurz vor Ablauf ihrer Haltbarkeitsdauer stünden.

Hinsichtlich der Empfehlungen 11, 12 und 14 begrüßt die GD SANTE, dass die Bürgerinnen und Bürger die Notwendigkeit eines evidenzbasierten Ansatzes bekräftigten, um eine wirksame Vermeidung von Lebensmittelverschwendung durch alle Akteure zu erreichen, und betont die Bedeutung der Überwachung und der Transparenz der Daten und der erzielten Ergebnisse. Durch die jährliche Berichterstattung der Mitgliedstaaten über die Menge an Lebensmittelabfällen sei die EU gut in der Lage, ihre Fortschritte im Hinblick auf die globalen und EU-Ziele zu verfolgen. Während die Mitgliedstaaten verpflichtet seien, die Menge der Lebensmittelabfälle auf jeder Stufe der Lebensmittelversorgungskette nach einer gemeinsamen Methode zu melden, könnten die nationalen

Behörden diese Methode an ihre nationalen Gegebenheiten und Besonderheiten anpassen. Was die Beteiligung der Lebensmittelunternehmer an der Datenerhebung betrifft, so verlangten einige Mitgliedstaaten, dass Unternehmer die Lebensmittelverschwendung überwachen, während andere die Unternehmen bei der Analyse der Lebensmittelverschwendung und der Einführung von Vermeidungsmechanismen unterstützten. Auf EU-Ebene ermutigte die Europäische Kommission auch die Lebensmittelunternehmer, sich zur Verringerung der Lebensmittelverschwendung zu verpflichten, indem sie den Verhaltenskodex für verantwortungsvolle Unternehmens- und Marketingpraktiken in der Lebensmittelversorgung anwendeten.

Die GD SANTE unterstreicht, dass die Europäische Kommission mit der EU-Plattform für Lebensmittelverluste und -verschwendung den Austausch von evidenzbasierten bewährten Verfahren fördern wolle. Die JRC der Europäischen Kommission habe einen Bewertungsrahmen entwickelt, mit dem Akteure die Wirksamkeit ihrer Maßnahmen beurteilen könnten. Zudem führe sie eine regelmäßige Bewertung der in der EU umgesetzten Initiativen zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung durch. Auch die EUA überprüfe und bewerte regelmäßig die nationalen Programme der Mitgliedstaaten zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung. Die GD SANTE bekräftigt, dass die im Rahmen des EU-Programms Horizont Europa finanzierten Forschungs- und Innovationsprojekte Daten und Erkenntnisse lieferten, die die Maßnahmen zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung untermauerten, z. B. die Verbesserung des Verständnisses darüber, wie soziale Normen das Verhalten und die Erzeugung von Lebensmittelabfällen beeinflussten (Projekt [CHORIZO](#)), und das laufende Projekt [SISTERS](#), das sich mit innovativen Verpackungen zur Verringerung der Lebensmittelverschwendung und die Einführung „intelligenter“ Behälter für die Verwendung in der Logistikkette befasste.

Das finnische Ministerium für Land- und Forstwirtschaft erkennt die äußerst konstruktive und nützliche Arbeit des Bürgerforums an und verweist konkret auf die Empfehlungen 10, 13 und 15. Seit 2008 würden in Finnland die Lebensmittelabfälle gemessen, ferner dürften Hotels und Restaurants keine genießbaren Lebensmittel wegwerfen. Ein Logo (Empfehlung 10) sei eine Art Qualitätszeichen und könnte nützlich sein, um Unternehmen, die verantwortungsbewusst mit Lebensmitteln umgingen, zu kennzeichnen und auch das Bewusstsein der Verbraucher mithilfe von Lebensmittelverpackungen zu schärfen. Was Empfehlung 13 betrifft, erklärt das finnische Ministerium, dass ein guter Überblick über die Hierarchie der Abfallströme erforderlich sei, um sich auf die Prioritäten konzentrieren zu können. In Finnland beständen auf nationaler Ebene Maßnahmen und Verfahren, um Bedürftigen den Zugang zu Lebensmitteln zu erleichtern, Unternehmen zu unterstützen, die bereit sind, Lebensmittel zu spenden, und sowohl Geber als auch Empfänger von Nahrungsmittelhilfe zusammenzubringen. In Bezug auf Empfehlung 15 hebt das finnische Ministerium die Bedeutung der Verpackung für den Schutz und die Sicherheit von Lebensmitteln hervor und weist gleichzeitig auf die Notwendigkeit hin, Lebensmittelverpackungen zu verbessern, um die Lebensmittelverschwendung zu verringern, da 0,5 bis 2 % der Umweltauswirkungen von Lebensmitteln auf Verpackungen zurückzuführen seien.

EuroCommerce bedankt sich für die Einladung, erkennt die inspirierende Wirkung der Veranstaltung an und gibt Feedback zu den Empfehlungen 9, 12 und 15. EuroCommerce erinnert an die privilegierte Position des Einzel- und Großhandelssektors an der Schnittstelle zwischen Angebot und Nachfrage, weswegen Akteure aus diesem Bereich sich besonders stark für die Vermeidung von Lebensmittelverschwendung einsetzten. Unter Bezugnahme auf Empfehlung 9 betont EuroCommerce, dass Lebensmittelverschwendung für Unternehmen aufgrund der damit verbundenen Kosten wirtschaftlich nicht sinnvoll sei. Daher habe der Sektor erheblich in Angebotsprognosen investiert, einschließlich der Nutzung von künstlicher Intelligenz (zusätzlich zu Verkaufsdaten), um besser zu verstehen und vorherzusagen, was wann gekauft werde. Die Unternehmen brauchten Flexibilität

(anstelle von rechtlichen Rahmenbedingungen), um am besten auf Veränderungen bei Angebot und Nachfrage reagieren zu können, was für die Vermeidung von Lebensmittelverschwendung entscheidend sei. In diesem Zusammenhang hebt EuroCommerce die Bedeutung des Dialogs entlang der Versorgungskette hervor. In Bezug auf steuerliche Anreize spricht sich EuroCommerce für einen Mehrwertsteuer-Nullsatz für Lebensmittelspenden aus, da die Steuern bisher als Hindernis angesehen worden seien. Hinsichtlich des obligatorischen Berichtssystems teilt EuroCommerce mit, dass viele seiner Mitglieder bereits auf freiwilliger Basis über Lebensmittelabfälle berichteten, um sowohl Kunden als auch Investoren zu informieren und Transparenz zu gewährleisten. Es gebe bereits viele verbindliche Anforderungen für Lebensmittelunternehmen, einschließlich der Angabe nichtfinanzieller Informationen. EuroCommerce weist auch darauf hin, dass die Lebensmittelverschwendung im Lichte der Klimaschutzverpflichtungen aufgrund ihrer Auswirkungen auf die Treibhausgasemissionen stärker in den Mittelpunkt gerückt sei. EuroCommerce verweist auf die bevorstehende Verordnung über Verpackungen und Verpackungsabfälle und betont die wichtige Rolle, die Verpackungen bei der Gewährleistung der Lebensmittelsicherheit und dem Schutz von Lebensmitteln spielten, wodurch Lebensmittelverschwendung vermieden werde. EuroCommerce macht darauf aufmerksam, dass die Verpackungsgrößen auch für unterschiedliche Verbrauchertypen geeignet sein müssten (z. B. Alleinstehende und Großfamilien). Im Hinblick auf innovative Verpackungen erinnert EuroCommerce an die Bedeutung eines angemessenen gesetzlichen Rahmens, damit Unternehmen die notwendigen Investitionen tätigen und Produkte auf den Markt gebracht werden könnten.

Die **IFWC** dankt den Bürgerinnen und Bürgern für ihr Engagement und ihre Arbeit und unterstreicht in Bezug auf die Empfehlungen für den Privatsektor, dass die Berichterstattung über Lebensmittelabfälle durch alle Akteure entlang der Versorgungskette entscheidend sei und dass der Privatsektor aktiv an der Standardisierung von Messmethoden arbeite, auch auf sektoraler Basis (z. B. für die Gemeinschaftsverpflegung). Der Vorschlag des Bürgerforums zur Entwicklung eines Logos könnte auch genutzt werden, um Unternehmen zu belohnen, die Lebensmittelabfälle mäßigen und darüber berichteten sowie Aktionspläne zur Verringerung der Lebensmittelverschwendung aufstellten. Die IFWC informiert über die laufenden Arbeiten zur Entwicklung einer ISO-Norm für das Management der Verringerung der Lebensmittelverschwendung und betont, wie wichtig es sei, die Umsetzung solcher Normen – beispielsweise durch Schulungen und andere Maßnahmen – auf sektoraler Basis zu unterstützen. Die IFWC erklärt, dass Initiativen zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung das Engagement mehrerer Akteure erforderten: So könne beispielsweise in Restaurants zwar das Einpacken nicht verzehrter Reste von Mahlzeiten (doggy bags) eingeführt werden – ob sie die Kunden nutzten, sei eine andere Frage, da sie vielleicht als kulturell nicht akzeptabel angesehen würden. Um dieses Hindernis zu beseitigen, müsste die Maßnahme durch Sensibilisierung, Anregung usw. flankiert werden. Die IFWC betont die Bedeutung der Sensibilisierung und der Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Interessenträgern für die Umsetzung eines Rahmens zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung, wobei die beteiligten Akteure beispielsweise durch freiwillige Vereinbarungen, Sensibilisierungskampagnen, EU-finanzierte Forschungsprojekte und Netze wie die EU-Plattform für Lebensmittelverluste und -verschwendung unterstützt werden sollten.

Nach diesen ersten Beiträgen der Panelmitglieder zu den Empfehlungen des Bürgerforums lädt der Moderator die Teilnehmenden der Sitzung (online und vor Ort) ein, Fragen zu stellen und verweist dabei auch auf die Fragen und Kommentare im Chat, insbesondere zu den Themen Verpackung und Verbrauchergewohnheiten.

Das portugiesische Landwirtschaftsministerium merkt an, dass die Schaffung einer Plattform für Initiativen von Lebensmittelunternehmen, die Unternehmen mit Lebensmittelbanken und Verbrauchern

verbinde, aufgrund der Transportlogistik auf EU-Ebene nicht machbar sei. Das portugiesische Ministerium erwähnt, dass einige Mitgliedstaaten diese Art von Plattform auf nationaler Ebene bereits für die Umverteilung von Erzeugnissen, die kurz vor dem Verfallsdatum stünden, eingerichtet hätten und fragt, ob diese gut funktionierten. Das portugiesische Ministerium merkt an, dass es auf EU-Ebene keine einheitliche Methode zur Messung von Lebensmittelabfällen gebe, die allerdings notwendig wäre. Das portugiesische Ministerium führt fort, dass Verpackungen zwar seltener benutzt werden müssten, aber auch für den Schutz von Lebensmitteln, die Gewährleistung ihrer Sicherheit und die Information der Verbraucher wesentlich seien.

In Bezug auf die Verknüpfung von Lebensmittelunternehmen, Lebensmittelbanken und Verbrauchern über digitale Plattformen antwortet **EuroCommerce**, dass es die Einrichtung einer zentralisierten europäischen Datenbank nicht befürworte und dass die Verknüpfung von Unternehmen mit Lebensmittelbanken und Verbrauchern auf lokaler oder regionaler Ebene wirksamer sei, wobei auch auf die Zwänge im Zusammenhang mit der Logistik und der praktischen Organisation einer solchen Umverteilung hingewiesen wird. EuroCommerce bestätigt, dass solche Initiativen auf lokaler Ebene bereits existierten und gut funktionierten.

Was die Reduzierung der Nutzung von Verpackungen betrifft, so bekräftigt das **finnische Ministerium**, dass unnötige Verpackungen vermieden werden sollten. Es sei jedoch nicht möglich, vollständig auf Verpackungen zu verzichten, da sie zur Gewährleistung der Lebensmittelsicherheit notwendig seien.

Die **IFWC** betont, dass es wichtig sei, Unternehmen bei vorrangigen Themen zusammenzubringen, bei denen gemeinsame Investitionen und Forschungsarbeiten erforderlich seien, z. B. bei der Frage, wie Lebensmittelabfälle in einem Sektor gemessen würden. Die IFWC betont die Bedeutung freiwilliger Vereinbarungen, deren Unterstützung durch die Mitgliedstaaten auf nationaler Ebene notwendig sei.

Die **GD SANTE** weist darauf hin, dass die Mitgliedstaaten, die erhebliche Fortschritte bei der Verringerung der Lebensmittelverschwendung gemacht hätten, freiwillige Vereinbarungen mit dem Privatsektor getroffen hätten, d. h. öffentlich-private Partnerschaften mit vereinbarten Zielen zur Verringerung der Lebensmittelverschwendung. Die EU-Plattform für Lebensmittelverluste und -verschwendung bewerte derzeit die bisher umgesetzten freiwilligen Vereinbarungen, um aus diesen Erfahrungen zu lernen und die Erkenntnisse weiterzugeben.

Der Moderator bittet die an der Paneldiskussion beteiligten Bürgerinnen und Bürger um kurze abschließende Stellungnahmen. Die Bürgerinnen und Bürger bringen vor, dass die EU-Organe anhand eines gemeinsamen oder stärker standardisierten Ansatzes für Fortschritte in allen Mitgliedstaaten sorgen sollten, und dass die Festlegung von kurz-, mittel- und langfristigen Plänen sowie die Kommunikation der erzielten Erfolge von Bedeutung sei. Im Hinblick auf Letzteres müssten zwar alle Bürgerinnen und Bürger einbezogen werden, doch sollten größere Anstrengungen unternommen werden, um junge Menschen zu erreichen, insbesondere über die sozialen Medien. Ziel sei es, nicht nur zu informieren, sondern auch Impulse zu geben und zum Handeln anzuregen.

7. Präsentation der Empfehlungen des Europäischen Bürgerforums zur Lebensmittelverschwendung und Austausch mit den Mitgliedern des Panels (Themenblock III: Verhaltensänderungen auf Verbraucherebene fördern) ([PDF](#))

Vertreter des Europäischen Bürgerforums, die an Themenblock III mitgewirkt haben, stellen die [Empfehlungen 16-23](#) vor. Darauf folgt ein Meinungsaustausch mit den Mitgliedern des Panels, das sich aus Vertretern der Europäischen Kommission (GD SANTE), des Netherlands Nutrition Centre, von

Independent Retail Europe und des Europäischen Informationszentrums für Lebensmittel (EUFIC) zusammensetzt.

Die **GD SANTE** dankt den Bürgerinnen und Bürgern für ihre konkreten Empfehlungen und hebt hervor, dass ein länderspezifischer Ansatz wichtig sei, um das Verhalten der Verbraucher zu beeinflussen, wobei Interventionen und Maßnahmen auf nationaler und lokaler Ebene durchgeführt werden sollten. Die GD SANTE betont, dass es mit Blick auf die Vermeidung von Lebensmittelverschwendung von entscheidender Bedeutung sei, die Ernährungsgewohnheiten der Verbraucher, ihre Einstellung zu Lebensmitteln und Lebensmittelverschwendung sowie ihre Kenntnisse und Fähigkeiten im Umgang mit Lebensmitteln und ihre Motivation zum Handeln zu berücksichtigen. Ein Top-down-Ansatz auf EU-Ebene wäre kein wirksames Mittel zur Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung durch Verbraucher. Maßnahmen auf EU-Ebene sollten jedoch den Austausch bewährter Verfahren erleichtern, insbesondere durch die EU-Plattform für Lebensmittelverluste und -verschwendung, und auch die Maßnahmen der Mitgliedstaaten fördern und unterstützen. Der Legislativvorschlag der Europäischen Kommission zur Festlegung von Zielvorgaben für die Verringerung der Lebensmittelverschwendung solle die Mitgliedstaaten dazu veranlassen, ehrgeizige Maßnahmen zu ergreifen und in Programme zur Verhaltensänderung zu investieren, und die Zusammenarbeit zwischen den Akteuren entlang der Lebensmittelversorgungskette und anderen relevanten Akteuren wie Hochschulen, Nichtregierungsorganisationen (NRO) und Finanzinstituten stärken. Der Internationale Tag gegen Lebensmittelverschwendung, der jedes Jahr am 29. September begangen werde, biete eine Gelegenheit, über dieses Thema zu informieren. Im Jahr 2023 habe die Europäische Kommission auch dem Bürgerforum Kommunikationsmaterialien zur Verfügung gestellt.

Die GD SANTE erklärt, dass die Förderung eines besseren Verständnisses und einer wirksameren Verwendung von Datumsangaben (Verbrauchsdatum und Mindesthaltbarkeitsdatum) zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung eines der Ziele der EU-Plattform für Lebensmittelverluste und -verschwendung sei, deren Mitglieder über die Plattform, ihre spezielle Untergruppe und die Online-Drehscheibe zur Vermeidung von Lebensmittelverlusten und -verschwendung ihre Erkenntnisse, Erfahrungen und bewährten Verfahren auf diesem Gebiet laufend austauschten. Angesichts der geplanten Überarbeitung der Vorschriften für die Datumskennzeichnung (die dem Bürgerforum auf seiner ersten Sitzung im Dezember 2022 mitgeteilt worden sei) habe die Europäische Kommission mit den Mitgliedstaaten geprüft, ob diese Initiative parallel zum Legislativvorschlag zur Festlegung von Zielvorgaben für die Verringerung der Lebensmittelverschwendung weiterverfolgt werden könnte. Während die Mitgliedstaaten einen harmonisierten Ansatz im Bereich der Datumskennzeichnung befürworteten, betonten die meisten die Notwendigkeit, weitere Überlegungen über die geeignetste Formulierung anzustellen und die Verbraucherforschung zu verstärken, wobei einige die Ansicht vertraten, dass stärker in eine bessere Information der Verbraucher über die derzeitigen Begriffe der Datumskennzeichnung investiert werden solle. Die meisten Mitgliedstaaten zögen es auch vor, dieses Thema nicht isoliert, sondern im Rahmen einer umfassenderen Überarbeitung der Vorschriften zur Lebensmittelkennzeichnung zu behandeln, an der noch gearbeitet werde.

Mit Blick auf Empfehlung 16 erläutert die GD SANTE, dass das Thema Lebensmittelverluste auf der Tagesordnung der EU-Plattform für Lebensmittelverluste und -verschwendung stehe und ein ständiger Informationsaustausch im Rahmen der Untergruppe für die Überwachung von Lebensmittelverlusten und -verschwendung stattfinde. Die GD SANTE erläutert, dass Lebensmittelverluste in landwirtschaftlichen Betrieben nicht unter die Abfallrahmenrichtlinie fielen, da diese Verluste nicht als Abfall gälten, und dass es keine zuverlässigen Daten über das Ausmaß dieses Problems gebe. Die Europäische Kommission untersuche weiterhin Lebensmittelverluste und suche nach Möglichkeiten zu ihrer Vermeidung, dabei würden die Arbeiten im Rahmen einschlägiger EU-finanzierter

Forschungsprojekte berücksichtigt. Mit dem Projekt [FOLOU](#) beispielsweise werde darauf abgezielt, eine robuste Methode zur Quantifizierung von Lebensmittelverlusten in der Primärproduktion zu entwickeln, wobei der Schwerpunkt auf den Verlusten liege, die vom Zeitpunkt, zu dem die Erzeugnisse erntereif seien, und der tatsächlichen Ernte aufträten.

Das **Netherlands Nutrition Centre** dankt den Bürgerinnen und Bürgern für die inspirierende Arbeit und verweist insbesondere auf die Empfehlungen 17 und 20 zu Verbraucherkampagnen. Das Netherlands Nutrition Centre betont, dass die Sensibilisierung der Verbraucher und das Aufzeigen einer Handlungsperspektive maßgeblich seien, um sie zur Verringerung der Lebensmittelverschwendung zu motivieren. Die Niederlande hätten seit 2015 eine Verringerung der Lebensmittelabfälle in Privathaushalten um 23 % erzielt und setzten ihre Bemühungen fort, insbesondere durch die Organisation der nationalen Kampagne „Woche ohne Lebensmittelverschwendung“. Die vom Netherlands Nutrition Centre und der Stiftung Food Waste Free United organisierte Kampagne sei 2023 zum fünften Mal ausgerichtet worden. Eine Vielzahl von Interessenträgern habe teilgenommen und im Mittelpunkt sei der Zusammenhang zwischen der Vermeidung von Lebensmittelverschwendung und dem Klimaschutz gestanden. Der Erfolg der Initiative sei mit der aktiven Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Interessenträgern und der Bündelung von Ressourcen zwecks einer größeren Reichweite sowie mit der Entwicklung von informativen und praktischen Messinstrumenten für zu Hause verbunden. Das Netherlands Nutrition Centre ermutigt andere Mitgliedstaaten, ähnliche Kampagnen zu organisieren und empfiehlt, die Maßnahmen auf eine einzige Woche zu konzentrieren, um das Thema ganz oben auf die Tagesordnung zu setzen. Die Maßnahmen in dieser Woche reichten jedoch nicht aus. Es seien kontinuierliche Anstrengungen entlang der Lebensmittelwertschöpfungskette erforderlich, um es den Verbrauchern leichter zu machen, weniger Lebensmittel zu verschwenden.

Independent Retail Europe dankt den Bürgerinnen und Bürgern für diese Arbeit und unterstreicht die Rolle der Aufklärung, um die Lebensmittelverschwendung zu verringern und den Verbrauchern zu helfen, verantwortungsbewusster mit Lebensmitteln umzugehen. Die Verbraucheraufklärung sei Sache der Mitgliedstaaten. Einzelhändler könnten zusammen mit anderen Wirtschaftsakteuren dazu beitragen, die Vermeidung der Lebensmittelverschwendung mithilfe einer breiten Palette von Instrumenten wie Veröffentlichungen und Apps zu unterstützen und zu erleichtern. Einzelhändler könnten jedoch nicht kontrollieren, was die Verbraucher wegwerfen, und daher nicht für die Lebensmittelverschwendung auf Verbraucherebene verantwortlich gemacht werden. In Bezug auf Empfehlung 23 zur Bewerbung von Lebensmitteln, die kurz vor dem Verfallsdatum stehen, erklärt Independent Retail Europe, dass dies bereits eine weitverbreitete Praxis sei, da der Nichtverkauf von Lebensmitteln für die Einzelhändler einen Kostenfaktor darstelle. Den Einzelhändlern stünden viele Möglichkeiten zur Information der Kunden offen (z. B. Aufkleber und andere Werbemittel in den Geschäften), und sie seien am besten in der Lage, die wirksamsten Methoden zu ermitteln. Wichtig sei auch, dass die verkauften Erzeugnisse von den Käufern verzehrt würden, da sonst Lebensmittelabfälle des Einzelhandels auf die Haushalte verlagert würden. Independent Retail Europe erklärt, dass die Einzelhändler aktiv an der Vermeidung von Lebensmittelverschwendung beteiligt seien, darunter durch die Steuerung von Angebot und Nachfrage, Preisaktionen, die Weitergabe überschüssiger Lebensmittel an Lebensmittelbanken und über Apps sowie die Weiterverarbeitung unverkaufter Lebensmittel (z. B. zu Suppen oder Säften). Obwohl sich die Einzelhändler aktiv an der Verbraucherinformation über die Vermeidung von Lebensmittelverschwendung beteiligten, teilt Independent Retail Europe nicht die Ansicht, dass Kampagnen zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung rund um spezifische Initiativen organisiert werden sollten, wie vom Netherlands Nutrition Centre vorgeschlagen.

Das **EUFIC** verweist auf Empfehlung 16 zur Rettung nicht geernteter Lebensmittel und Information der Verbraucher und Landwirte über solche Möglichkeiten. Das EUFIC nennt das Beispiel einer

Kommunikationskampagne in Gent, wo der Ernährungsrat in Zusammenarbeit mit einer lokalen NRO eine digitale Karte erstellt habe, um die Öffentlichkeit darüber zu informieren, wo Obst kostenlos gepflückt werden könne. Das EUFIC berichtet, dass in Frankreich eine Organisation namens SOLAAL Akteure aus der Landwirtschaft, der Lebensmittelindustrie und dem Vertrieb zusammenbringe, um Lebensmittelspenden, einschließlich nicht geernteter Lebensmittel, zu fördern, und in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Landwirtschaft und Ernährungssouveränität einen nationalen Tag der Lebensmittelspende ins Leben gerufen habe. In Bezug auf die Empfehlungen 18 und 21 merkt das EUFIC an, dass einige Länder die Ernährungserziehung in den Schulen eingeführt hätten, zum Beispiel in Ungarn, wo die nationale Behörde für Lebensmittelverschwendung ein Bildungsprogramm entwickelt und seit 2017 über 25 000 Kinder erreicht sowie 1 800 Lehrkräfte geschult und betreut habe. In anderen Ländern wie Finnland sei die Aufklärung über Lebensmittelverschwendung in die Lehrpläne von Fächern mit Bezug zur ökologischen Nachhaltigkeit wie Umweltkunde, Geografie und Hauswirtschaft integriert, und die finnische Lebensmittelbehörde habe entsprechende Unterrichtsmaterialien entwickelt. Die FAO habe in Zusammenarbeit mit der IFWC Handbücher zum Thema Lebensmittelverschwendung entwickelt, die für Kinder der Grundschul- und Sekundarstufe gedacht und in zehn Sprachen auf ihrer Website verfügbar seien. Darin lernten die Kinder über die sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Folgen der Lebensmittelverschwendung, die Vorteile der Verringerung der Lebensmittelverschwendung sowie darüber, was sie gegen Lebensmittelverschwendung tun und wie sie ihren Familien und Freunden gute Gewohnheiten beibringen könnten. Hinsichtlich der Empfehlung 19 zu Foodsharing verweist das EUFIC auf die mit der Verwendung digitaler Plattformen verbundenen Herausforderungen in Bezug auf die Lebensmittelsicherheit. Das EUFIC nennt als Beispiel dafür, wie dieses Problem überwunden werden könne, einen Gemeinschaftskühlschrank in Helsinki, in dem Verbraucher überschüssige Lebensmittel spenden und abholen könnten, wobei das Personal dafür Sorge, dass die Verfahren zur Lebensmittelsicherheit eingehalten würden (z. B. könnten nur ungeöffnete verpackte Lebensmittel gespendet werden). Der Betrieb werde jedes Jahr von der Stadt Helsinki genehmigt, um sicherzustellen, dass die Risiken für die Lebensmittelsicherheit auf einem Mindestmaß gehalten würden, und es würden Schulungen und Hilfsmittel angeboten, damit auch andere solche Gemeinschaftskühlschränke einrichten könnten.

Nach diesen ersten Beiträgen der Panelmitglieder zu den Empfehlungen des Bürgerforums lädt der Moderator die Teilnehmenden der Sitzung (online und vor Ort) ein, Fragen zu stellen, und liest einige Kommentare, die im Zusammenhang mit den Aufklärungsaktivitäten eingegangen sind.

RÉGAL Normandie legt dar, dass die Sensibilisierung der Verbraucher im Hinblick auf Verhaltensänderungen ihre Grenzen habe und Forschungsergebnisse zeigten, dass praktische Aktivitäten, z. B. die Resteverwertung, die größte Wirkung hätten.

Das slowenische Ministerium für Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Ernährung ermutigt die Einbindung junger Menschen in Veranstaltungen wie die heutige Diskussion mit dem Bürgerforum. Das slowenische Ministerium verweist ferner auf Schulprogramme für Obst, Gemüse und Milcherzeugnisse und schlägt vor, gespendete Lebensmittel in die Programme aufzunehmen. Es führt weiter aus, dass Einzelhändler überschüssige Lebensmittel spendeten, dass diese Maßnahmen jedoch freiwillig und daher beschränkt seien, und schlägt vor, solche Initiativen verstärkt zu unterstützen. Das slowenische Ministerium erläutert, dass die Landwirte Instrumente und Alternativen für den Umgang mit Lebensmittelüberschüssen benötigten (z. B. Weiterverarbeitung zur Vermeidung von Lebensmittelverlusten und -verschwendung), und dass solche Initiativen in nationale Strategiepläne aufgenommen werden sollten. Mit Blick auf die Verwirklichung der angestrebten Ziele betont das Ministerium schließlich, wie wichtig die Schulung der Akteure sei.

Als Reaktion auf die Online-Kommentare der Bürgerinnen und Bürger teilt das **Netherlands Nutrition Centre** mit, dass die Organisatoren der Woche ohne Lebensmittelverschwendung versuchten, kostenlose Werbung, z. B. in Fernseh-Talkshows, zu erhalten, um ein breites Publikum zu erreichen. **Independent Retail Europe** legt dar, dass die Nutzung sozialer Medien unerlässlich sei, um ein jüngeres Publikum zu erreichen, und weist darauf hin, dass Lebensmittelabfälle manchmal einfach aufgrund von organisatorischen Problemen in den Haushalten sowie mangelnden Kenntnissen oder Fähigkeiten in Bezug auf den Umgang, die Verarbeitung und die Lagerung von Lebensmitteln entstünden, insbesondere wenn diese nicht rechtzeitig verwendet werden könnten.

Der Moderator bittet die an der Paneldiskussion beteiligten Bürgerinnen und Bürger um kurze abschließende Stellungnahmen. Die Bürgerinnen und Bürger betonen, wie wichtig es sei, verschiedene Zielgruppen mit relevanten Botschaften über geeignete Kanäle und mithilfe geeigneter Instrumente zu erreichen und die Auswirkungen dieser Kommunikationsmaßnahmen zu bewerten. Die Vermeidung von Lebensmittelverschwendung solle in die Lehrpläne der Schulen aufgenommen werden, und das Potenzial der Digitalisierung und der künstlichen Intelligenz solle voll ausgeschöpft werden. Die Mitgliedstaaten sollten in einen intensiveren Dialog treten und alle relevanten Plattformen nutzen, um Informationen weit zu verbreiten. Schließlich sind die Bürgerinnen und Bürger zuversichtlich, dass eine echte Änderung herbeigeführt werden könne, da so viele Menschen bereit seien mitzuhelfen.

8. Schlussbemerkungen

Gaëtane Ricard-Nihoul, stellvertretende Referatsleiterin des Referats Bürgerdialoge, bedankt sich im Namen der **Generaldirektion Kommunikation** bei den Bürgerinnen und Bürgern und Teilnehmenden für ihre Beiträge und ermutigt sie, über die Kommunikationskanäle der Europäischen Kommission in Kontakt zu bleiben, insbesondere über die EU-Drehscheibe zur Vermeidung von Lebensmittelverlusten und -verschwendung. Auf diese Weise könnten die Bürgerinnen und Bürger über die Fortschritte des Legislativvorschlags der Europäischen Kommission zur Festlegung von Zielvorgaben für die Verringerung der Lebensmittelverschwendung und andere laufende Arbeiten auf EU-Ebene sowie über die Umsetzung der nationalen Aktionspläne durch die Mitgliedstaaten auf dem Laufenden bleiben.

Die Europäische Kommission trete in eine neue Phase der Bürgerbeteiligung ein und in Zukunft würden mehr europäische Bürgerforen zu verschiedenen Themen organisiert werden. Sie erläutert, dass die Kommission ein Netz ehemaliger Teilnehmender der Bürgerforen aufbauen möchte, die Informationen über die Aktivitäten zur Bürgerbeteiligung erhalten und die Rolle von Botschaftern übernehmen könnten. Alle Teilnehmenden der Bürgerforen würden eine spezielle Mitteilung erhalten, in der beschrieben werde, wie sie sich diesem Netz anschließen könnten.

Der Vorsitzende bedankt sich abschließend bei allen Teilnehmenden. Die Diskussionen hätten erneut gezeigt, dass die Vermeidung von Lebensmittelverschwendung ein Engagement aller Mitglieder der Gesellschaft auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene erfordere. Die vorgestellten Beispiele hätten gezeigt, wie Verpflichtungen in die Tat umgesetzt werden könnten und wie viele Netze und Möglichkeiten es gebe, um bei einem Thema von so grundlegender Bedeutung für die Menschen, die Gesellschaft und den gesamten Planeten zusammenzuarbeiten. Auch wenn nicht in allen erörterten Punkten völlige Einigkeit herrsche, sei entschlossenes Engagement an den Tag gelegt worden, und es seien durchaus verschiedene Lösungen für die festgestellten Probleme denkbar. Der Vorsitzende äußert sich zuversichtlich, dass der Legislativvorschlag der Europäischen Kommission angesichts des Engagements und der Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger an Zugkraft gewinnen und vom Parlament und vom Rat schnell und mit ehrgeizigen Zielvorgaben verabschiedet werden könne. Zum Schluss bekräftigt der Vorsitzende, dass der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern sehr bereichernd

für die GD SANTE gewesen sei, und dankt ihnen für ihre harte Arbeit sowie den Mitgliedern der Plattform für die Diskussion und das Feedback.